

# Newsletter

## Tirol-Büro Brüssel



### Themen in dieser Ausgabe

#### Thema der Woche

- [Die Europäische Zollunion feiert ihr 50-jähriges Jubiläum](#) 2

#### Neues aus den Institutionen

##### Europäisches Parlament

- [Österreichische EU-ParlamentarierInnen über ihre Erwartungen an die österreichische Ratspräsidentschaft](#) 3
- [Antrittsrede von Bundeskanzler Kurz im Europäischen Parlament in Straßburg](#) 4

##### Rat der Europäischen Union

- [Durchbruch im Streit über die Realisierung der Energieunion](#) 5

##### Europäische Kommission

- [Neue EU-weite Regelungen auch für den heimischen Tourismussektor](#) 6
- [Gemeinsame Stellungnahme der Staats- und Regierungschefs beim EU-Gipfel](#) 7

##### Ausschuss der Regionen

- [Soziale Inklusion und Integration von MigrantInnen in Tirol und Südtirol](#) 8
- [Ausgedehnter Schutz der Biodiversität und Wasserqualität in europäischen Seen](#) 8

##### In eigener Sache

- [Kick-Off Veranstaltung des BMDW zur österreichischen Ratspräsidentschaft](#) 9

Laufende Konsultationen 10

Tagesordnungen der Institutionen 11

Impressum und Abbildungsverzeichnis 11

Gemeinsame Vertretung der  
Europaregion Tirol-Südtirol-  
Trentino bei der EU

*Tirol-Büro Brüssel*  
*Rue de Pascale 45–47*  
*B-1040 Brüssel*

*Tel.: 0032 2 743 27 00*  
*Fax: 0032 2 742 09 80*  
*E-Mail: [info@alpeuregio.eu](mailto:info@alpeuregio.eu)*



# Thema der Woche

## Die Europäische Zollunion feiert ihr 50-jähriges Jubiläum

Vor einem halben Jahrhundert gegründet, hat sich die Europäische Zollunion zum größten Handelsblock der Welt entwickelt.



Die Harmonisierung der Zölle und die damit einhergegangene Errichtung der gemeinsamen Zollunion kann nach 50 Jahren ihres Bestehens als Meilenstein der europäischen Integration gewertet werden. Die Zollunion beschreibt einen einheitlichen Handelsraum, an dessen Binnengrenzen keine Zölle und Einfuhrbestimmungen seitens der Mitgliedstaaten erhoben werden dürfen. An der Außengrenze werden gemeinsame, einheitliche Zölle ein einziges Mal fällig. Sind Waren einmal in der EU oder wurden sie innerhalb der EU produziert, können diese ohne weitere Kontrollen und Aufschläge in jedes andere Mitgliedsland der EU gehandelt werden. Dadurch entfallen kostspielige und zeitintensive bürokratische Maßnahmen, was zu einer wesentlichen Erleichterung der Ein- und Ausfuhr von Gütern und Dienstleistungen in die Mitgliedstaaten beiträgt.

Die Zollunion steuert neben der Erleichterung von Handelsaktivitäten auch zum Schutz und zur

Integrität des Europäischen Binnenmarktes bei. Über 114.000 ZollbeamtenInnen sind tagtäglich im Einsatz, um gefährliche Waren und Substanzen wie Drogen und illegale Waffen, aber auch gefährdete Tier- und Pflanzenarten (seltene Hölzer, Häute von vom Aussterben bedrohter Tiere, etc.) und gefälschte Waren wie Zigaretten, die nicht den strengen EU-Standards genügen, aufzuspüren und zu konfiszieren.

Durch die Aufnahme in den Europäischen Binnenmarkt entfallen viele Zollformulare, die beim Import und Export vormals fällig waren. Eine zentrale Zollabwicklung und elektronische Formulare vereinfachen den grenzüberschreitenden Binnenhandel noch zusätzlich.

Im letzten Jahr konnten Tiroler Wirtschaftstreibende ihre Gewinne durch den innergemeinschaftlichen Handel um weitere 7,7 % auf [12,33 Mrd.](#) Euro zum Vergleichsjahr 2016 ausbauen. Der Handel mit den Mitgliedern der Zollunion ist demnach ein essentieller Bestandteil der Tiroler Wirtschaft. Betrachtet man die Zielländer (1. Platz Deutschland, 2. Schweiz, gefolgt von Italien und Frankreich auf dem 3. und 4. Platz) wird deutlich, dass die Europäische Zollunion auch wesentlich zur wirtschaftlichen Entwicklung Tirols beiträgt.

[Mehr Informationen](#)



# Europäisches Parlament

## Österreichische EU-ParlamentarierInnen über ihre Erwartungen an die österreichische Ratspräsidentschaft

**Die DelegationsleiterInnen der im europäischen Parlament vertretenen Fraktionen teilen ihre Ansichten über die anstehende Ratspräsidentschaft.**

Othmar Karas sieht die Ratspräsidentschaft als eine Möglichkeit, die Europäische Union weiterzuentwickeln und einen wichtigen Dienst der Gemeinschaft gegenüber zu leisten. Von Erfolg wird der österreichische Vorsitz nur geprägt sein, wenn Parlament und Ratspräsidentschaft an einem Strang ziehen.

Evelyn Regner bezeichnet die Ratspräsidentschaft als einen entscheidenden Moment angesichts der Brexit-Verhandlungen und dem Ringen um das EU Budget. Sie versteht das Motto „Ein Europa, das schützt“ auch im Zusammenhang von sozialer Sicherheit und Wahrung von Frieden und Freiheit in der EU.

Harald Vilimsky hält fest, dass ein Umdenken in Zusammenhang mit dem Europäischen Asylsystem und Migration stattfinden muss. Er erwartet von der Ratspräsidentschaft vernünftige Lösungen in Fragen der Außengrenzsicherung, des Kampfes gegen illegale Migration und Sicherheit.

Monika Vana und Michel Reimon beanstanden, dass notwendige Entwicklungen hinsichtlich Steuerhinterziehung und Klimaschutz vernachlässigt werden. Interessen der Industrie würden hingegen eher berücksichtigt. Das Spiel mit Ängsten der BürgerInnen schaffe nichts als eine anti-europäische Atmosphäre.

Angelika Mlinar kritisiert die Agenden der Präsidentschaft als protektionistisch und weltfremd und sieht reine nationalistische Rhetorik (Sicherheit, Migration). Mit den angestrebten Reformen des Dublin-Systems ist der Druck und die Erwartungshaltung auf Österreich groß.

[Mehr Informationen](#)



# Europäisches Parlament

## Antrittsrede von Bundeskanzler Kurz im Europäischen Parlament in Straßburg

**Sebastian Kurz hielt am Dienstag seine erste Rede als Ratsvorsitzender vor dem Europäischen Parlament.**

„Wir dürfen als Republik Österreich den Ratsvorsitz in einer durchaus fordernden Zeit übernehmen. In einer Phase des Umbruchs.“, so Sebastian Kurz vor den Abgeordneten des Parlaments. Der Fokus soll dabei auf die „großen“ Fragen gerichtet werden, in denen die Regierung als Brückenbauerin fungieren soll. Während des sechsmonatigen Vorsitzes will die österreichische Bundesregierung im Wesentlichen drei Prioritäten adressieren.

Die erste Priorität ist Sicherheit und der Kampf gegen illegale Migration. Kurz strebt einen Paradigmenwechsel in der Migrationspolitik an und spricht sich für den Ausbau des Außengrenzschutzes aus. Zweitens soll die

Absicherung des Wohlstandes eine weitere Säule der österreichischen Ratspräsidentschaft sein. Der Bundeskanzler will die EU als Vorreiterin in Sachen Digitalisierung und Automatisierung sehen und „High-Tech made in Europe“ fördern. Drittens präsentierte er den Wunsch einer aktiveren Nachbarschaftspolitik. Dabei soll das Verhältnis zu den östlichen Anrainerstaaten verbessert werden. Die Dialogkanäle mit Russland sollen verstärkt und schlussendlich auch die Staaten des Westbalkans näher an die EU herangeführt werden.

[Mehr Informationen](#)



# Rat der Europäischen Union

## Durchbruch im Streit über die Realisierung der Energieunion

**Eine wichtige Hürde, um zeitgemäße, EU-weite Energiepolitik zu betreiben, wurde nach zähen Verhandlungen überwunden. Das Parlament muss jedoch noch zustimmen.**

Die neue Verordnung zur Überwachung der Energieunion (Governance-Verordnung) soll den Mitgliedstaaten dabei helfen, die Energie- und Klimaziele für das Jahr 2030 zu erreichen. Wesentlich wird die Art und Weise geregelt, wie Mitgliedstaaten untereinander und mit EU-Institutionen kommunizieren werden. Des Weiteren werden Kontrollmechanismen und eine Berichterstattung unter der unabhängigen Führung des United Nation Framework Convention on Climate Change (UNFCCC) installiert.

Die Richtlinie wird als Meilenstein für das Paket Saubere Energie für alle EuropäerInnen der EU

gewertet. Bereits bestehende, überlappende Anforderungen an Mitgliedstaaten werden ineinander integriert und vereinfacht. Die erreichte Einigung der Trilogverhandlungen bedeutet, dass der Vorschlag der Richtlinie dem Europäischen Parlament vorgelegt werden kann. Die Abstimmung darüber wird im Oktober dieses Jahres stattfinden. Bei VertreterInnen der [österreichischen Energiewirtschaft](#) stößt der Vorschlag größtenteils auf Zustimmung.

[Mehr Informationen](#)



# Europäische Kommission

## Neue EU-weite Regelungen auch für den heimischen Tourismussektor

**Umfassenderer Schutz für UrlauberInnen bei Buchungen aller Art von Pauschal- und Individualreisen stößt auch auf Kritik.**

Seit 1. Juli 2018 gelten neue Vorschriften, die zum Schutz von mehr als 120 Mio. Reisenden jährlich in der EU dienen sollen. Mit Inkrafttreten der neuen Regeln wird ein umfassender Rechtsschutz etabliert, der den alten Reiseschutz in das digitale Zeitalter hebt und den Methoden der modernen Urlaubsbuchung gerecht werden. Gleichzeitig dienen die neuen Vorschriften auch Reiseunternehmen indem sie ihre Dienstleistungen besser grenzüberschreitend anbieten können, so die Kommissarin für Justiz, VerbraucherInnen und Gleichstellung, Věra Jourová.

Wesentliche Änderungen berühren Informationen seitens der AnbieterInnen an Reisende. So sind beispielsweise Reiseunternehmen fortan verpflichtet, über mögliche zusätzliche Kosten zu informieren und klare Angaben zu Reisepaketen zu geben. Weiters müssen Reiseunternehmen ab Juli über einen Insolvenzschutz verfügen, der die Kosten im Insolvenzfall des Reiseanbieters zurückerstattet. Bei Unregelmäßigkeiten und Schwierigkeiten haftet zukünftig die Reiseorganisation. Sollte vom Reiseziel aufgrund von Naturkatastrophen

oder Unruhen eine Gefahr ausgehen oder der Preis der Reise um mehr als 8 % des ursprünglichen Preises steigen, so können Reisende ihren Urlaub gebührenfrei stornieren.

Die neuen Vorschriften gelten für Kombinationen aus mindestens zwei Arten von Reisedienstleistungen (Transport, Unterbringung, Autovermietung oder sonstige Dienstleistungen wie beispielsweise geführte Touren etc.). Das bedeutet auch, dass Tiroler Hotels, die verschiedenste Pakete (Übernachtungen inklusive Abholdienste, Skipässen oder Wandertouren etc.) anbieten, von dieser Neuerung betroffen sind. Auf BetreiberInnen kommen etwa größere Haftungen (durch die Insolvenzabsicherung) und unter Umständen höhere Kosten zu, wobei es auch [Ausnahmen](#) gibt. Mit der Richtlinie werden aber auch unionsweite Standards, zeitgemäße Informationspflichten und ein geringerer Verwaltungsaufwand erreicht.

[Mehr Informationen](#)



# Europäische Kommission

## Gemeinsame Stellungnahme der Staats- und Regierungschefs beim EU-Gipfel

**Der Europäische Rat hat Ende vergangener Woche Einigungen in Fragen der Migration, Sicherheit und Verteidigung, Fragen des Wirtschaftswachstums, der Wettbewerbsfähigkeit, der Innovation und Digitalisierung erzielt.**

### Migration

Um die unkontrollierten Migrationsbewegungen zu unterbinden, seien gesamteuropäische und inklusive Lösungen notwendig. Vor allem dem Menschenhandel und anderen illegalen Machenschaften soll ein Riegel vorgeschoben werden. Dafür sollen Länder der Sahelzone und die nordafrikanischen Mittelmeeranrainerstaaten finanziell unterstützt werden. Am Migrationsdeal mit der Türkei wird weiter festgehalten. Des Weiteren sollen Asylbescheide effektiver bearbeitet und gegebenenfalls Abschiebungen zeitnaher durchgeführt werden.

### Sicherheit und Verteidigung

Die Europäische Union müsse größere Verantwortung für ihre eigene Sicherheit und Integrität übernehmen, um weiterhin eine verlässliche Partnerin auf der internationalen Ebene zu sein. Eine stärkere Zusammenarbeit mit Frontex und NATO wird vom Rat gewünscht. Im Dezember 2018 soll in Zusammenarbeit mit der Hohen Vertreterin der EU, Mogherini, der Europäischen Kommission und den Mitgliedsstaaten eine gemeinsame Position gefunden werden.

### Wirtschaftswachstum und Wettbewerbsfähigkeit

Ein faires und effektives Steuersystem sowie bessere Mechanismen zur Bekämpfung von Steuerhinterziehung und -betrug werden als Prioritäten gesehen. Auch internationale Organisationen wie die WTO oder die OECD sollen für bessere wirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeiten und einen besseren juristischen Rahmen sorgen, um Investitionen außerhalb der EU zu erleichtern. Darüber hinaus hält der Rat an den Zöllen auf US-amerikanische Produkte fest.

### Innovation und Digitalisierung

Die EU müsse weiter in Forschung investieren, um Produkte, Dienstleistungen und Geschäftsmodelle zu ermöglichen, die den Anforderungen des modernen Lebens Rechnung tragen. Hierfür sollen der digitale Binnenmarkt und weitere marktbezogene Anreize geschaffen werden. Bereits während der bulgarischen Ratspräsidentschaft sprach sich der Europäische Rat für einen einfacheren Zugang zu finanzieller Unterstützung für innovative Unternehmen aus. Dieser Kurs soll auch während des österreichischen Vorsitzes beibehalten werden.

[Mehr Informationen](#)



# Ausschuss der Regionen

## Soziale Inklusion und Integration von MigrantInnen in Tirol und Südtirol

**Das Projekt „MigrAlp“ macht migrantische Erfahrungen für TirolerInnen und SüdtirolerInnen erfahrbar.**

Eine grenzüberschreitende Initiative zwischen Tirol und Südtirol brachte die beiden Regionen zusammen, um Tools, Analysen und Dienstleistungen zu entwickeln, die die Integration von MigrantInnen vereinfacht und Rassismus sowie Fremdenfeindlichkeit abbaut. Ziel des Projekts ist die Bewusstseinsbildung mittels verschiedenster Weiterbildungen und Gruppenübungen. Zudem soll Diversität gefördert werden.

Italienische und österreichische Behörden haben erkannt, dass erfolgreiche Maßnahmen, Integrationsstrategien und kommunaler Zu-

sammenhalt gefördert werden müssen. Das sogenannte „MigrAlp“-Projekt soll einen Beitrag in diesem sensiblen Thema leisten. Die Initiative wird in Schulen und Jugendeinrichtungen realisiert und zielt auf Kinder und Jugendliche von 15-20 Jahren. Der Großteil der Kosten für dieses Projekt wird vom Europäischen Fonds für regionale Entwicklung getragen.

[Mehr Informationen](#)

## Ausgedehnter Schutz der Biodiversität und Wasserqualität in europäischen Seen

**Die Kommission und der Ausschuss der Regionen trafen sich vergangenen Freitag in Ungarn, um über das 8. Umweltaktionsprogramm und lokale Energiegemeinden zu sprechen.**

Urbanisierung, Wasserverschmutzung, Klimawandel und das Ökosystem der Seen waren nur einige der Punkte auf der Tagesordnung der Konferenz im Ungarischen Balatonfüred. VertreterInnen europäischer Gemeinden, darunter auch TeilnehmerInnen aus Garda und Neusiedl, tauschten ihre Erfahrungen im Umweltschutz aus und debattierten über effektive und machbare Wege, Biodiversität zu schützen und Wasserqualität zu erhalten. Dabei ging es auch um die Bestrebungen, eine sinnvolle [Kreislaufwirtschaft](#) zu realisieren.

Biodiversität und Wasserqualität werden von Gesetzen auf zwei unterschiedlichen Ebenen

geregelt. Auf der Unionsebene regelt die sogenannte Flora-Fauna-Habitatrichtlinie (EU Richtlinie 92/43/EWG) den Schutz wildlebender Tiere und Pflanzen. Auf [Landesebene](#) gibt es darüber hinaus noch die „Tiroler Naturschutzverordnung 2006“. Im Rahmen von Klimaveränderungen und der damit einhergehenden Frage nach dem Zugang zu wichtigen Ressourcen, kann vor allem Tirol mit seiner ausgezeichneten Wasserqualität der Seen und Flüsse aufwarten.

[Mehr Informationen](#)





# In eigener Sache

## Kick-Off Veranstaltung des BMDW zur österreichischen Ratspräsidentschaft

Das Tirol Büro in Brüssel begrüßte am 3. Juni VertreterInnen des Bundesministeriums für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort.

Zur Kick-Off Veranstaltung des BMDW im Rahmen der österreichischen Ratspräsidentschaft begrüßte Dr. Richard Seeber (Bild rechts), Leiter des Tirol Büros in Brüssel, VertreterInnen des Ministeriums und geladene Gäste in der gemeinsamen Vertretung Tirol-Südtirol-Trentino.





# Laufende Konsultationen

Die Europäische Kommission bietet eine Reihe an Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung. [Öffentliche Konsultationen](#) ermöglichen es Ihnen, sich während verschiedener Phasen des Beschlussfassungsverfahrens zu EU-Strategien zu äußern. Die neuesten der laufenden Konsultationen finden Sie in der folgenden Liste.

[Evaluierung der Tätigkeiten des Amtes der Europäischen Union für geistiges Eigentum \(EUIPO\) im Bereich der Durchsetzung und der Europäischen Beobachtungsstelle für Verletzungen von Rechten des geistigen Eigentums \(Verordnung \(EU\) Nr. 386/2012\)](#)

Unternehmen und Industrie, Digitale Wirtschaft und Gesellschaft, Binnenmarkt  
3. Juli 2018 - 2. Oktober 2018

[Öffentliche Konsultation zur neuen Onlineplattform für öffentlichen Zugang zu Dokumenten der Europäischen Kommission](#)

Institutionelle Angelegenheiten  
29. Juni 2018 - 21. September 2018

[Öffentliche Konsultation über die Evaluation der Regeln der Rechnungsstellung](#)

Steuern  
13. Juni 2018 - 20. September 2018

[Fangmöglichkeiten für 2019 im Rahmen der Gemeinsamen Fischereipolitik](#)

Maritime Angelegenheiten und Fischerei  
11. Juni 2018 - 21. August 2018

[Öffentliche Konsultation zur Evaluierung der Unterstützung der EU für die Rechtsstaatlichkeit in den Nachbarschaftsländern und bei den Beitrittskandidaten und potenziellen Beitrittskandidaten \(2010–2017\)](#)

Europäische Nachbarschaftspolitik und EU-Erweiterung  
11. Juni 2018 - 17. September 2018

[Öffentliche Konsultation zur Bewertung der Regelung für die Flottenzugänge und -abgänge](#)

Maritime Angelegenheiten und Fischerei  
4. Juni 2018 - 3. September 2018

[Öffentliche Konsultation zur Bewertung der Ozonverordnung](#)

Klimaschutz  
1. Juni 2018 - 24. August 2018

[Öffentliche Konsultation zur Zwischenbewertung der direkten Mittelverwaltung im Rahmen des Europäischen Meeres- und Fischereifonds \(EMFF\)](#)

Maritime Angelegenheiten und Fischerei  
28. Mai 2018 - 3. September 2018



## Europäische Kommission

Die Tagesordnung der wöchentlichen Sitzung der Europäischen Kommission finden Sie [hier](#).

## Europäisches Parlament

Den Entwurf der Tagesordnung finden Sie [hier](#).

Den Video-Stream der letzten Plenarsitzung finden Sie [hier](#).

## Rat der Europäischen Union

Die aktuellen Ratssitzungen finden Sie [hier](#).

## Europäischer Gerichtshof

Zum Kalender des Europäischen Gerichtshofs für die folgende Woche gelangen Sie [hier](#).

## Ausschuss der Regionen

Zum Sitzungskalender des AdR gelangen Sie [hier](#).

## Stellenausschreibungen

Zu den laufenden Stellenausschreibungen in der EU gelangen Sie [hier](#).

## EU-Bookshop

Interessante Veröffentlichungen aus der EU finden Sie [hier](#).

---

### Impressum

Gemeinsame Vertretung der Europaregion Tirol -  
Südtirol - Trentino bei der EU

Land Tirol

Rue de Pascale 45-47

B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00

Fax: 0032 2 742 09 80

E-Mail: [info@alpeuregio.eu](mailto:info@alpeuregio.eu)

Homepage: [www.alpeuregio.org](http://www.alpeuregio.org)

Redaktion und Bearbeitung:

Direktor Mag. Dr. Richard Seeber

Andreas Pletzenauer, BA, BA, MA, MSc

---

### Abbildungsverzeichnis

Seite 2: Bild 1 © European Commission

Seite 9: Bild 2 und 3: © Tirol Büro in Brüssel